A4 3. Wohnungslosigkeit und Mietwucher beenden

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)
Tagesordnungspunkt:	3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die soziale Sicherheit garantiert und Wohnraum für alle bezahlbar macht, denn gerade bei jungen Menschen ist Wohnungslosigkeit ein großes Problem. Deshalb fordern wir die Gründung und finanzielle Ausstattung einer **gemeinnützigen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft**, die gezielt Sozialwohnungen schafft, sowie eine jährliche **Bauquote von mindestens 14.000 neuen Sozialwohnungen im Land**. Die entsprechende **Sozialbindung** soll vom Land dauerhaft festgeschrieben werden, solange die Wohngemeinnützigkeit nicht wieder eingeführt ist.

Die Förderungen für **Azubi-Wohnen und Werkswohnungen** müssen finanziell besser und langfristiger ausgestattet werden und in einen eigenen Fördertopf mit separater Förderrichtlinie, am Beispiel des Studierendenwohnens, umgeschichtet werden.Darüber hinaus müssen die verfügbaren Mittel stärker an die Unternehmen herangetragen und bekannter gemacht werden. **Studierendenwohnen** muss ebenfalls mit ausreichend finanziellen Mitteln versehen werden. Hierfür sollte sich das Land das Ziel setzen, bis 2030 **30% der Studierenden in Baden-Württemberg einen Wohnheimplatz** anbieten zu können.

Um Mieten bezahlbar zu halten, muss das Land sich auf Bundesebene für eine **Verschärfung der Mietpreisbremse und gegen die Umgehungen durch Kurzzeitmieten oder Möblierung** starkmachen. **Leerstand muss durch ein von Landesebene festgelegtes Zweckentfremdungsverbot** und durch finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der **Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen** bekämpft werden. **Spekulativer Wohnraumleerstand muss verhindert** und die **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen strenger reguliert** und langfristiger festgeschrieben werden, um Mieter*innen besser zu schützen. Der **Stellplatzschlüssel für Kraftfahrzeuge** soll umgehend abgeschafft werden.

Das Land Baden-Württemberg soll Konzepte fördern, die **Wohnquartiere als offene Orte der Begegnung** schaffen und generationenübergreifendes Wohnen forcieren, um sozialen Zusammenhalt und **Nachbarschaftshilfe zu stärken**. Es braucht eine feministische Raumplanung, die beispielsweise **Wohnkontingente für**

Alleinerziehende, Housing First Ansätze und Second Stage Housing flächendeckend fördert und **Rückzugsräume für Frauen, Trans-, Inter- und nonbinäre Menschen** in öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Bahnhöfen mitdenkt. Stadtplanerische Maßnahmen, die gegen gesellschaftliche Gruppen gehen, wie beispielsweise **“anti homeless architecture”,** müssen untersagt werden. Ein gezieltes Förderprogramm wie nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine für **Wohnraumprojekte für geflüchtete Menschen** soll wiederaufgelegt werden, um dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen. Denn wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum für alle!